



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Frank Decker: Parteidemokratie im Wandel.

Baden-Baden: Nomos, 2018, 2. akt. Auflage, 302 S.; 12 Abb.; ISBN: 978-3-8487-5087-0

Call for Action: Vom Zustand der Parteidemokratie

Gute angewandte Wissenschaft erkennt man daran, dass sie sich den Zeitläufen stellt, Veränderungen erkennt und damit einhergehende Entwicklungen analysiert, darstellt und erklärt. Schon in diesem Sinne hat das vom Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker vorgelegte Buch, quasi ein Substrat des von ihm gemeinsam mit Viola Neu herausgegebenen Standardwerks „Handbuch der deutschen Parteien“, die Notwendigkeiten erkannt. „Bücher über Parteien und Parteiensysteme leiden darunter, dass sie zumindest in den empirischen Teilen relativ schnell überholt sind“, schreibt der Autor schon am Beginn des Vorworts (S. 3) zur zweiten Auflage. Und wenn man betrachtet, dass die erste Auflage im Jahr 2015 erschien, kann man das nur bestätigen.

2015 war die FDP außerparlamentarisch, die AfD aufwachsend – seit der Bundestagswahl 2017 sind die beiden die zahlenmäßig größten Oppositionsparteien. Schon das zeigt den Überarbeitungsbedarf, wenn man – wie der Buchtitel es vorgibt – nicht nur die Parteien jeweils im Einzelnen, sondern die Parteidemokratie insgesamt analysieren will. Vor allem im Aufwachsen der AfD sieht Decker eine „Zäsur, [...] die die Politik in der Bundesrepublik auf längere Sicht prägen wird“ (S. 5).

Der erste Teil des Buches, betitelt „Theorien“, beginnt mit der Frage: Was ist überhaupt eine Partei? Das klingt simpel, ist aber bedeutsam. Überall verdampfen langjährige Volks- und Massenparteien, an vielen Orten entstehen und kandidieren „Bewegungen“, haben kurzzeitig Erfolge, diffundieren dann aber in andere Richtungen, in neue Allianzen, in neue Bewegungen. Decker zitiert die Minimaldefinition von Sartori: „Eine Partei ist jede politische Gruppe, die die Möglichkeit hat und nutzt, in Wahlen Kandidaten für öffentliche Ämter zu präsentieren“ (S. 11). Aber auch dieser kleinste gemeinsame Nenner darf in Frage gestellt werden: In immer mehr Kommunen regieren „parteilose“ Oberbürgermeister oder Bürgermeister; es gibt auf kommunaler, aber auch gelegentlich auf höherer Ebene spezielle Wahlbündnisse, manchmal vereinbaren mehrere Parteien, einen gemeinsamen Kandidaten oder eine Kandidatin zu präsentieren, um andere Kandidaturen zu verhindern. Und auch die „ideologisch-politische Zugehörigkeit und Programmatik“ (S. 12) eignet sich zunehmend nur im Ansatz zur Definition der Parteien – werden die Namen der Gruppierungen doch immer werblicher, speziell auf regionaler, kommunaler Ebene, und die politische Ausrichtung dadurch nicht unbedingt leichter erkennbar. Typen neuer Parteien entstehen, so stellt es Decker zutreffend dar: die charismatische Partei, die Unter-



nehmerpartei oder die Bewegungs- und Rahmenpartei. Und das stellt die etablierten Parteien derzeit vor nicht unerhebliche Herausforderungen.

Folgerichtig kommt Decker unter der Überschrift „Das demokratische System als Partiensystem“ (S. 23 ff.), zu den Auswirkungen und den damit zusammenhängenden politikwissenschaftlichen Fragen des „Ansehensverfalls der Parteien“ und des Wandels der Präferenzen zur politischen Partizipation.

Man muss ja nicht Anhänger der Parteienstaatslehre von Gerhard Leibholz sein, um die Bedeutung der Parteien für die Regierungspolitik in Deutschland zu betonen. Decker nennt auch hier seine bewährten Hauptfunktionen der Parteien: die Repräsentationsfunktion, die Steuerungsfunktion, die Legitimationsfunktion sowie die Sozialisations- und Elitenrekrutierungsfunktion. Daran kann man zweifeln, das kann man in Frage stellen, angesichts der aktuellen politischen Meinungsbildung, die mehr von „Fridays for Future“ oder jugendlichen Bloggern getrieben scheint als von den Entscheidungsstrukturen der repräsentativen Demokratie vor dem Hintergrund der parteienrechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes.

„Wenn sich die demokratische Substanz der politischen Systeme von den Parteien weg bewegt, hat das auch für deren Innenleben Konsequenzen“, schreibt Decker (S. 38). Das müssen die Parteien verstehen, das müssen sie nachvollziehen, wenn sie die überkommene Rolle im Entscheidungsgefüge weiter einnehmen wollen. Und das bedeutet dann, ganz andere Maßnahmen zu ergreifen als Schnuppermitgliedschaften, Urwahlen von Vorsitzenden oder rituelle Gesprächsrunden mit in der politischen Gesinnung gewogenen Interessengruppen. Das heißt dann, neuen gesellschaftlichen Bewegungen, Schülerdemos, Protestkundgebungen und ähnlichem nicht im Bewusstsein der verfassungsrechtlich gesicherten Bedeutung mit leichter Arroganz zuzuschauen, sondern selbst auf diese Gruppen zuzugehen, ins Gespräch zu kommen, sich selbst dort einzubringen, selbst dort Einfluss zu nehmen. Um es tagespolitisch fest zu machen: die Berliner Organisatorin von „Fridays for Future“ ist Mitglied im grünen Jugendverband; aus Umweltschutzverbänden, Verbraucherschutzzstitutionen, Öko-Instituten, Fahrradclubs dürfte eine Menge an Mitgliedsbeiträgen bei den Grünen landen, und auf dem Evangelischen Kirchentag waren sogar die Mottoschals grün. Alles richtig gemacht – so schafft man politischen Humus und boostet Umfragewerte.

Im dritten Kapitel beschreibt Frank Decker, neu in dieser Auflage, die Unzulänglichkeit des bewährten Cleavage-Ansatzes. Die hergebrachte „Wechselbeziehung zwischen den Angehörigen der durch gemeinsame soziale und Lebensstilmerkmale charakterisierten Milieugruppen und den sie vertretenden Parteien“ (S. 43) trägt seiner Auffassung nach nicht mehr. Die Catch-All-Party alten Zuschnitts gibt es nicht mehr – der Wandel der alten und das Hinzutreten neuer Cleavages hat die zentrale Voraussetzung für deren Erfolg beseitigt.

Er sieht dabei, in den nachfolgenden, umfassenden Erläuterungen zur Parteidemokratie, die Entwicklung des Partiensystems nach der Bundestagswahl 2017 durch drei Linien bestimmt: die Verschiebung der parteipolitischen Kräfteverhältnisse nach rechts; die Auswirkungen der Flüchtlingskrise in dem Sinne, dass hauptsächlich ein Issue die öffentliche Wahrnehmung der Politik beeinflusste; und die erfolgreiche Etablierung der AfD, deren Auswirkungen sich schon in der „quälenden“ Regierungsbildung aufzeigten.

Natürlich darf man von einer politikwissenschaftlichen Analyse keine tagespolitischen Darstellungen erwarten; das überlassen Politikwissenschaftler auch gern politischen Redakteuren und wählen selbst andere Publikationsformen als das Buch. Und auch Prophetie kann man nicht erwarten. Vielleicht steht ja die dritte Auflage in nicht allzu ferner Zukunft unter der Prämisse, die Entwicklung der Grünen aufzuzeigen, die, zumal nach deren Ergebnis bei der Bundestagswahl 2017, niemand vorhersehen konnte oder derzeit präzise im weiteren Verlauf prognostizie-

ren kann. Oder es steht dann die Entwicklung der Parteidemokratie im Lichte des Bedeutungsverlustes der ehemaligen Volksparteien im Blickpunkt. Wer weiß.

Frank Decker hat ein hoch spannendes Buch vorgelegt, das zum Nachdenken anregt. Parteien, so schreibt er, stellen „nur noch eine Möglichkeit unter vielen dar, sich politisch zu betätigen“. Sie stehen damit in einem „Rekrutierungswettbewerb“ mit sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen“. Das müssen einige Parteien erkennen und danach handeln, wenn sie nicht wollen, dass es mit den Grünen und der AfD nur noch zwei politische Richtungen mit militärgestützter gesellschaftlicher Wirkung gibt.

Berlin

Thomas Volkmann



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net